



EDITORIAL

Liebe Leserinnen und Leser,

im Iran wurde im Juni ein neuer Präsident gewählt. Mahmud Ahmadinedschad durfte nach zwei Amtszeiten nicht mehr antreten. Der Machtwechsel vollzog sich auf den ersten Blick nach demokratischen Regeln: Ahmadinedschad akzeptierte die Verfassung oder beugte sich zumindest dem Willen des Wächterrats, der nicht daran dachte, sie für ihn zu ändern. Und sein Nachfolger Hasan Rohani ist derjenige Kandidat, der tatsächlich die meisten Stimmen auf sich vereinen konnte. Zudem hatte Rohani im Wahlkampf Kritik an den bestehenden Verhältnissen geübt und Änderungen angekündigt, wie Christian Funke in dieser Ausgabe anhand zahlreicher Beispiele darstellt.

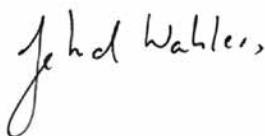
Auch ein weiteres muslimisches Land hat kürzlich gewählt. Im Mai fanden in Pakistan Parlamentswahlen statt. Jakob Rösel und Pierre Gottschlich heben in ihrem Artikel hervor: „Zum ersten Mal seit der Unabhängigkeit Pakistans 1947 wurde eine demokratisch legitimierte, zivile Regierung nach Ablauf einer vollen Legislaturperiode durch weitgehend freie und gleiche Wahlen abgelöst. Dieser reguläre, friedliche Machtwechsel gemäß den Spielregeln einer parlamentarischen Demokratie ist eine für Pakistan völlig neue Erfahrung.“ Bedeuten die Wahlverläufe und Resultate in Iran und Pakistan nun, dass sich in beiden Ländern demokratische Verhältnisse etabliert haben?

Es stimmt vermutlich, dass im Iran niemand von der Stimmabgabe abgehalten wurde, und Rohani war sicher nicht der Favorit des Wächterrats. Dennoch waren die Kandidaten vom Regime selbst handverlesen. Zwar übten einige Präsidentschaftsanwärter Kritik an den bestehenden Verhältnissen, doch diejenigen Kandidaten, die zu Recht als Reformer galten, wurden nicht zur Wahl zugelassen. Die Anführer der „Grünen Bewegung“ aus dem Jahr 2009 stehen bis heute unter Hausarrest.

Die Ereignisse in Ägypten haben gezeigt, dass es zu früh ist, sich über demokratische Fortschritte zu freuen, wenn eine Wahl erfolgreich und nach internationalen Standards verlaufen ist. Die Muslimbruderschaft ist im vergangenen

Jahr durch weitgehend freie und faire Wahlen an die Macht gekommen. Gleich im Anschluss hat sie begonnen, nach dem „Winner-takes-all-Prinzip“ vor allem die eigene Machtposition zu sichern, statt die Probleme des Landes anzugehen. Minderheitenschutz und Toleranz gegenüber Andersdenkenden spielten keine Rolle mehr. Da die Muslimbrüder auch in die Interessensphäre des Militärs und der alten Machtelite eindrangen, scheiterten ihre Bemühungen, den ägyptischen Staat nach ihren religiös motivierten politischen Vorstellungen umzuformen. Heute ist Ägypten gespalten, es kommt zu schweren Ausschreitungen, und noch ist unsicher, ob der Weg des Landes in die Demokratie führt.

Der Blick auf den Verlauf des Wahlkampfs und der Wahlen und auf das amtliche Endergebnis sagt allein noch wenig über die demokratische Entwicklung eines Landes. Es bedarf weiterer Faktoren, um von einer Demokratie und von einem freiheitlichen Staat sprechen zu können: Vereinigungsfreiheit ist nötig, damit sich Parteien gründen können und damit Menschen ohne Gefahr für ihre Freiheit und ihr Leben für ihre Rechte eintreten können. Minderheitenschutz ist nötig, denn selbst wenn Parteien durch freie Wahlen zu deutlichen Mehrheiten gelangt sind, haben sie immer auch die Rechte und Interessen der Unterlegenen zu achten. Freie Medien sind nötig, um die Regierenden zu überwachen und die Öffentlichkeit über ihr Handeln zu informieren. Rechtsstaatliche Verfahren sind nötig, um Bürgerrechte zu gewährleisten und Unternehmen durch ein Mindestmaß an Rechtssicherheit zu wirtschaftlichem Engagement zu ermutigen. Schließlich muss sichergestellt sein, dass diese Rechte nicht nur auf dem Papier stehen, sondern eingeklagt werden können. Die Konrad-Adenauer-Stiftung ist im gesamten Spektrum dessen tätig, was Demokratie und Rechtsstaatlichkeit ausmacht. Und wir gehen nicht, wenn die Wahl vorüber ist.



Dr. Gerhard Wahlers
Stellvertretender Generalsekretär

gerhard.wahlers@kas.de